

Schwerpunkt Erster Sitzungstag im Oktober-Landtag

Pflegefinanzierung: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren»

Demografie Die Zahlen, die die Stiftung Zukunft.li im Zuge ihrer Studie zur Finanzierung der Alterspflege vorgelegt hat, haben den Abgeordneten zu denken gegeben. Im Rahmen der Aktuellen Stunde loteten sie Lösungsmöglichkeiten aus. Die FBP und die VU haben bereits ein Postulat zum Thema erarbeitet.

VON DORIS QUADERER

Die Freie Liste hatte das Thema Pflegefinanzierung für die Aktuelle Stunde ausgewählt, wohlwissend, dass eine Stunde nicht ausreichen werde, das Thema abschliessend zu behandeln, wie Wolfgang Marxer (FL) eingangs festhielt. Und es zeigte sich bereits beim lockeren Diskutieren, dass es keine Lösung ohne Nachteile gibt und alle Vorschläge irgendwem wehtun werden. Die grösste Herausforderung wird wohl werden, nicht nur einen Vorschlag auszuarbeiten, sondern diesen dann auch beim Volk durchzubringen, wie verschiedene Abgeordnete anmerkten.

Postulat bereits vorbereitet

Um möglichst breit über verschiedene Vorschläge diskutieren zu können, kündigten FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry und VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser ein Postulat der beiden Fraktionen zum Thema Pflegefinanzierung an. Dieses sei bereits in den letzten Wochen von FBP- und VU-Abgeordneten erarbeitet worden und soll nun in Kürze eingereicht werden. Die Fraktionen wollen mit dem Postulat die Regierung auffordern, alternative Methoden zur Finanzierung der Pflege zu prüfen. Zwar sei Pflegefinanzierung auch Teil des Regierungsprogramms, aber mit dem Vorstoss soll dem Thema mehr Dringlichkeit verliehen werden. Daniel Oehry lud auch die Fraktionen der beiden Oppositionsparteien ein, das Postulat ebenfalls zu unterzeichnen. Wolfgang Marxer (FL) begrüsst dies, merkte jedoch an, dass er gerne daran mitgearbeitet hätte. Denn dass gehandelt werden muss, darüber herrschte Einigkeit im Landtag. Zu deutlich sind die Zahlen, die die Stiftung Zukunft.li im Rahmen ihrer Studie vorgelegt hatte: «Das Prinzip Hoffnung wird nicht funktionieren.



Die Fraktionssprecher von VU und FBP, Christoph Wenaweser (links) und Daniel Oehry (Mitte) kündigten ein Postulat zur Pflegefinanzierung an. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini machte selbst einen gewagten Vorschlag. (Fotos: M. Zanghellini)

Die Alterspflege wird eine enorme Herausforderung werden - wirtschaftlich und gesellschaftlich», machte der VU-Fraktionssprecher Christoph Wenaweser deutlich. Den Vorschlag der Stiftung Zukunft.li, ein vererbbares Pflegekapital einzuführen, hält Wenaweser für einen gangbaren Weg. Es gelte jedoch zu berücksichtigen, dass nicht alle Bewohner des Landes in der Lage sein werden, das anzusparende Kapital

aus eigener Wirtschaftskraft zu äufnen. Ein Argument, das noch weitere Abgeordnete ins Feld führten. Alternativ schlug Wenaweser vor: «Zumindest überlegenswert wäre es gerade auch in diesem Zusammenhang, das Pflegekapital nicht nur ansparen, sondern es sich wahlweise auch mit Gemeinwesenarbeit erschaffen zu können.» Konkret: Durch Freiwilligenarbeit im Rahmen der Alterspflege könnte man

sein Guthaben erhöhen. Ein Vorschlag, dem auch Wolfgang Marxer von der Freien Liste etwas abgewinnen konnte.

Nicht mehrheitsfähig

DU-Fraktionssprecher Harry Quaderer sieht den Vorschlag der Stiftung Zukunft.li skeptisch. Er bezweifelte, dass das Volk ein solches System gutheissen würde. Er appellierte daher an die Eigenverantwortung. So sollte

angespartes Geld für Pflegeausgaben aufgewendet und nicht verschenkt oder vererbt werden können. «Auch Häuser und Böden sollte man nicht weitervererben. Der Staat soll erst dann einspringen, wenn kein Vermögen mehr da ist», so Quaderer. Johannes Hasler (FBP) machte sich als jüngster Abgeordneter für die Generationengerechtigkeit stark. Für eine fundierte Diskussion über verschiedene Massnahmen benötige der Landtag jedoch mehr Informationen. Er warnte jedoch davor, ein System einzuführen, das sparsame Personen bestrafe. Ein Einwand, den auch andere Abgeordnete teilten. Thomas Lageder (FL) und Wendelin Lampert (FBP) wiesen darauf hin, dass, bevor man über ein neues System nachdenke, zuerst die Hausaufgaben bei der zweiten Säule gemacht werden müssten. Schliesslich seien die Beitragsätze im Vergleich zur Schweiz enorm niedrig, betonte Thomas Lageder. Wendelin Lampert wunderte sich, dass sich nun plötzlich verschiedene Abgeordnete vorstellen könnten, den Kapitalbezug bei der Pensionskasse einzuschränken. Schliesslich sei er mit diesem Vorschlag im Landtag in der Vergangenheit ziemlich allein dagestanden.

Vorschlag des Ministers Pflegekapital via Pensionskasse

Aufhorchen liess der Vorschlag des Gesellschaftsministers Mauro Pedrazzini. Seines Erachtens ist es nicht mehrheitsfähig, eine neue Form des Zwangssparens einzuführen. Ebenso könnten wohl keine Mehrheiten für den Aufbau einer neuen staatlichen Institution gefunden werden, die diese «vierte Säule» dann verwalte. Alternativ schlug er vor, dass ein Teil des Altersguthabens bei der Pensionskasse bei Rentenanstritt nicht bezogen werden darf, sondern

zur Pflegefinanzierung auf dem Pensionskassenkonto bleiben muss. Wie gross dieser Teil sein dürfe, müsse definiert werden.

Ehegattensplitting in Pensionskasse Da jedoch oftmals Frauen, die sich um die Familie gekümmert haben, kein eigenes Pensionskassenkonto haben oder ein nur geringes Altersguthaben, schlägt der Gesellschaftsminister ein Ehegattensplitting vor. «Es werden also die seit der Eheschliessung angesparten Altersguthaben der Pensionskassen beider Ehepartner addiert und hälftig geteilt, danach wird wie bereits beschrieben verfahren: Ein Teil kann vom jeweiligen Ehepartner als Kapital oder als

Rente bezogen werden, der andere Teil wird als Guthaben zur Pflegefinanzierung verwendet. Die entsprechenden Regeln sind so auszugestalten, dass weder eine Ehestrafe noch eine Bevorzugung von Ehepaaren gegenüber nicht verheirateten Personen resultiert», erklärte Pedrazzini und fügte einen nicht unwesentlichen Punkt bei: «Ganz nebenbei würde bei einem vollständigen Ehegattensplitting auch die Problematik adressiert werden, dass Ehefrauen, welche nicht erwerbstätig sind und sich stattdessen der Kindererziehung oder dem Haushalt gewidmet haben, angeblich keine zweite Säule hätten. In der AHV kennen wir das vollständige Splitting schon lange,

es ist meines Erachtens Zeit, dass wir es auch in der zweiten Säule einführen.» Pedrazzini sei sich zwar bewusst, dass eine Umsetzung des Vorschlags nicht einfach sei. Aber wenn die Wahl der Pensionskasse unabhängig vom Arbeitgeber gemacht würde, könnte das zu bewerkstelligen sein, ist Pedrazzini überzeugt: «Heute sind die Arbeitnehmer an die Pensionskasse gebunden, die der Arbeitgeber vorgibt. Ich denke, dass jeder Arbeitnehmer selbst seine Pensionskasse aussuchen soll und der Arbeitnehmer dann Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge dorthin überweist. Ehepaare würden sich dann vorteilhafterweise bei derselben Pensionskasse versichern.»

Landtag zeigt sich unbeeindruckt

Standhaft Mehr Gerechtigkeit für gering verdienende Erwerbstätige, die auf die IV angewiesen sind. Das ist stark vereinfacht gesagt das Ziel eines Postulates der Freien Liste. Eigentlich war alles klar - doch dann schlug die grosse Stunde von Regierungsrat Mauro Pedrazzini.

VON HOLGER FRANKE

Allein schon die Feststellung des Abgeordneten Harry Quaderer (DU) hatte etwas Bemerkenswertes: Dieser stellte nämlich fest, dass dies wohl das erste Mal in seiner politischen Karriere war, dass er sich allen seinen Vorreden vollumfänglich anschliessen könne. Diese wiederum hatten dem Postulat der Freien Liste zuvor ausnahmslos Positives abgewonnen: Demnach sollte das Koordinationsgesetz zu den Sozialversicherungen mit Blick auf die Schweizer Gesetzgebung überprüft werden, vor allem aber sollte geprüft werden, ob die gesetzlich vorgegebenen Integrationsmassnahmen der Invalidenversicherung angepasst werden können, sodass sie auch bei Geringver-

dienenden wirksam greifen. Vor allem hier lotet die Freie Liste Handlungsbedarf aus (das «Volksblatt» berichtete ausführlich am 12. September). Damit rannte sie gestern im Landtag scheinbar offene Türen ein. «Für mich scheint es naheliegend, dass speziell Umschulungsmassnahmen für Betroffene absolut notwendig sind, welche nicht mehr in ihrem ursprünglich erlernten Beruf tätig sein können», sagte beispielsweise der FBP-Abgeordnete Johannes Hasler. Nicht nur für den Betroffenen, sondern auch gesamtwirtschaftlich würde es sich lohnen, wenn möglichst viele wieder gut in die Arbeitswelt integriert werden könnten. Dabei müssten sich die Umschulungsmassnahmen in einem vernünftigen Rahmen bewegen, meinte Hasler. Auch zahlreiche andere Abgeordnete äusserten sich ähnlich. Ehe sich Harry Quaderer über so viel Einigkeit freute und ehe Regierungsrat Mauro Pedrazzini sagte, dass Quaderer seine

Meinung gleich ändern werde und ehe er sagte: «Ich ersuche Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen.» Und dann legte Pedrazzini los: Rund 15 Minuten nahm er das Postulat stakatoartig Punkt für Punkt auseinander. In einer Fülle und Tiefe, die selbst schon für eine Postulatsbeantwortung beachtlich gewesen wäre. «Veränderungen am System, welche die IV wesentlich grosszügiger machen, werden Kostenfolgen haben und stellen die heute solide Finanzierung der IV infrage. Derartige Veränderungen sind meines Erachtens unnötig, zumal die Risiken Invalidität und Arbeitslosigkeit getrennt in den entsprechenden Sozialsicherungen abgedeckt werden», fasste Pedrazzini am Ende zusammen. Wolfgang Marxer (Freie Liste) zeigte sich über «so viel Masslosigkeit» entrüstet. Die übrigen Abgeordneten blieben gelassen und stimmten mit 24 Stimmen für eine Überweisung des Postulats an die Regierung.



«Für mich scheint es naheliegend, dass speziell Umschulungsmassnahmen für Betroffene absolut notwendig sind.»

JOHANNES HASLER
FBP-ABGEORDNETER

Kostenbefreiung bei Mutterschaft

Konsequenzen abklären: Aus Motion wird Postulat

VADUZ Mit einer Motion beabsichtigte die DU-Fraktion, die Regierung mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage zu beauftragen, welche die Mutter ab der 13. Schwangerschaftswoche bis 10 Wochen nach der Niederkunft von der Kostenbeteiligung befreien sollte. Die anderen Abgeordneten gaben sich gegenüber der gewählten Form des Vorstosses jedoch kritisch, weshalb die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Dieses hatte dann auch wesentlich mehr Chancen - 22 Abgeordnete überwiesen dieses gestern an die Regierung. Bedenken hatten die Abgeordneten besonders wegen der Kostenfolgen und den Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien, die von den Motionären nicht aufgezeigt wurden. «Dies erstaunt mich umso mehr, als dass die Motionäre sonst für ihre Kostengenauigkeit bekannt sind», meinte etwa Landtagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU). Susanne Eberle-Strub (FBP) gab zu-

dem zu bedenken, dass die Kostenbeteiligung keinen Unterschied zwischen Krankheit und Unfall mache, was wiederum zu Mehrkosten führen könnte.

Nie alle Schwangeren krank

Erich Hasler betonte, dass es nicht zu einem Kostenschub kommen werde. Schliesslich würde ja nur die Selbstbeteiligung übernommen. Selbst im schlimmsten Fall - wenn alle rund 300 Frauen, die in Liechtenstein im Jahr schwanger sind, krank und noch dazu Hochkostenfälle wären - rechnet er mit Kosten von 480 000 Franken, wie er im Kopf überschlug. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini hatte bereits im Vorfeld damit gerechnet, dass die Kostenfolgen im Landtag diskutiert werden würden und ebenfalls erste Schätzungen angestellt. Demnach rechnet er mit Mehrkosten von 200 000 bis 300 000 Franken - im «worst case», wie er betonte. Die wahren Kosten würden vermutlich nochmals weit darunter liegen. (df)

